

Ingrid Pahlmann

MdB

Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe
Freundinnen und Freunde aus dem
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

der April macht was er will. Als ich am Montag in Berlin angekommen bin, hätte man denken können, es ist tiefer Winter. Graupel hatte die Grünflächen weiß getüncht. So ist er, der April.

Aber in Berlin macht nicht nur der April was er will. Auch die Ampel meint sich nicht an die Spielregeln halten zu müssen.

Das sehen wir in Ausschüssen, in denen der Opposition verwehrt wird, Experten zu benennen, dass sehen wir bei parlamentarischen Fragen, die nur mit hohlen Phrasen beantwortet werden und dass sehen wir bei der Änderung des Klimaschutzgesetzes. Hier versucht die Ampel ohne Vorberatung und Expertenanhörung das Gesetz mit Tempo durch den Bundestag zu peitschen. Zu Recht klagt der Kollege Heilmann gegen das Vorgehen vor dem Bundesverfassungsgericht.

Weitere Infos zu meiner Arbeit in Berlin sowie spannende Themen und Anträge finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!



**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen
und freue mich auf Ihre
Reaktionen!**

Herzliche Grüße, Ihre und Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive, flowing style.



Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Ampel beenden -Für eine echte "Wirtschaftswende"

Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland weiter ein. Vor diesem Hintergrund streiten Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck über ein sog. „Dynamisierungspaket“. Außerdem kommen von Bundesfinanzminister Lindner und vom FDP-Präsidium – passend zum FDP-Parteitag – eine ganze Reihe von Ankündigungen und Forderungen. Diese reichen von einer Erhöhung des Grundfreibetrags, sowie des Kindergeldes, über einen automatischen Abbau der sog. kalten Progression bis hin zu erheblichen steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft, einem stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlages, Bürokratienteilungen und Steuererleichterungen für Überstunden.

Klar ist, der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu braucht es kein Showfeuerwerk von Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft, wie für die Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb fordern wir bereits seit geraumer Zeit Maßnahmen zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“ ein und haben hierzu auch umfangreiche Vorschläge gemacht. Zu nennen ist hier insbesondere der 12-Punkte-Reformplan für eine starke Wirtschaft. Mit unserem Leitantrag haben wir die FDP beim Wort genommen und unseren Forderungen in dieser Woche nochmals Nachdruck verliehen. Konkret wird die Bundesregierung aufgefordert: den Solidaritätszuschlag zumindest stufenweise zu streichen; die Steuern auf einbehaltene Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 % zu senken; den Grundfreibetrag und den Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum in gleichem Maße wie das Bürgergeld anzuheben; Arbeitsanreize für Mehrarbeit zu setzen und dafür Steuervorteile für geleistete Überstunden einzuführen; zeitnah die kalte Progression für die Jahre 2025 und 2026 auszugleichen; die Vermittlungsbemühungen der Jobcenter zu stärken, stärkere Sanktionen bei verweigerter Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug einzuführen sowie die Hinzuverdienstregeln leistungsgerechter zu gestalten.

[Unseren Leitantrag finden Sie hier!](#)

Unzureichende Sportpolitik der Bundesregierung - Wege für einen Neustart suchen



Mehr als die Hälfte der laufenden Wahlperiode ist verstrichen, die sportpolitische Bilanz der Bundesregierung zeigt deutliche Defizite. Dies wird in drei wichtigen Handlungsfeldern der Sportpolitik besonders deutlich.

Erstens: Der Referentenentwurf des Bundesministerium für Inneres (BMI) vom 1. März 2024 – unter anderem zur Schaffung einer „unabhängigen Agentur“ für die Förderung im Spitzensport – wird von wesentlichen Akteuren wie dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und den Landes-Sportbünden deutlich kritisiert. Mit der neuen Agentur wird keine Bürokratie abgebaut, vielmehr wird eine zusätzliche Instanz geschaffen.

Zweitens: Der Entwicklungsplan Sport – nach dem Konzept des BMI ein Herzstück für die Stärkung des Breitensports in Deutschland – ist gescheitert. Die Länder haben die Zusammenarbeit mit dem BMI eingestellt, unter anderem auch weil die Bundesregierung kein Geld für die Umsetzung des Plans zur Verfügung stellt.

Drittens: Mehr als 50 Jahre nach den letzten Olympischen Spielen in Deutschland – und wenige Monate, bevor Paris unter den Augen der Welt ein großartiges Sportfest feiert – stockt die Umsetzung der Pläne für eine deutsche Olympiabewerbung. Ein geplantes „Memorandum of Understanding“ von Bund und Ländern zur Vorbereitung einer Bewerbung kam bisher nicht zustande. Auch hier fühlen sich die Länder und der organisierte Sport vom BMI brüskiert.

Wir haben eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Sportpolitik gefordert. Im Spitzensport brauchen wir transparente Förderung und klare Verantwortlichkeiten. Die Schaffung neuer bürokratischer Strukturen lehnen wir ab. Die Bundesregierung muss ihre Kommunikation und Kooperation mit allen Beteiligten im Sport neu und verlässlicher ausrichten. Sie muss endlich die Bedeutung des Breitensports für unsere Kinder und Jugendlichen und für die Gesellschaft insgesamt anerkennen und entsprechend handeln. Ferner müssen die Planungen für internationale Sportereignisse, wie die Olympiabewerbung, glaubwürdig und in echter Partnerschaft mit allen Beteiligten erfolgen.



Mit unserem Antrag **Taten statt Worte – Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland** haben wir gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage in Deutschland und zur Stärkung unserer Sicherheitsbehörden gefordert.

Taten statt Worte - Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland

Die weltweite Sicherheitslage ist angespannt, Deutschland ist von diesen Sicherheits-Herausforderungen direkt betroffen. Mit unserem Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Speicherung von IP-Adressen vorgibt und es unseren Sicherheitsbehörden ermöglicht, diese und weitere relevante Daten zur Terrorabwehr zu nutzen. Zudem wollen wir eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform einführen, um schon bei der Polizei vorhandene Daten effektiver nutzen und die Effizienz beim Datenabgleich steigern zu können.

Des Weiteren streben wir an, die Befugnisse zur Gesichtserkennung auszubauen. Wir wollen neue gesetzliche Grundlagen schaffen, um die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Extremismus zu verstärken. Die derzeitige Weigerung der Bundesregierung, notwendige Rechtsgrundlagen insbesondere im digitalen Bereich zu schaffen, ist unverständlich. Sie schwächt die Terrorabwehr und gefährdet die Sicherheit Deutschlands.

Strenge Sanktionen gegen Russland und Belarus im Agrarbereich einführen

Seit über zwei Jahren führt Russland seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Gründe für die Durchhaltefähigkeit Russlands sind vielfältig.



Russland ist es gelungen, trotz Sanktionen seine militärisch-industrielle Produktion auszubauen. Dies gelingt auch, weil russische Agrarexporte viele Milliarden Euro in die Kriegskasse Putins spülen. In erster Lesung haben wir deshalb in dieser Woche einen Antrag unserer Fraktion debattiert, in dem wir gefordert haben **strenge Sanktionen gegen Russland und Belarus im Agrarbereich einzuführen**. Darin haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene für ein vollumfängliches Importverbot auf alle Agrargüter und Lebensmittel aus Russland und Belarus einzusetzen. Parallel dazu soll die Regierung bereits Vorkehrungen treffen, um noch bis Sommer 2024 auf nationaler Ebene – nach dem Vorbild Lettlands – dieses Importverbot einzuführen. So ist sie handlungsfähig, falls auf EU-Ebene absehbar wird, dass keine Einigung zustande kommt. Aus Sicht unserer Fraktion ist es notwendig, die Sanktionen der EU auch auf russische und belarussische Agrargüter und Lebensmittel auszudehnen.



Für eine starke Batterieforschung in Deutschland

Batterietechnologie ist eine Schlüssel-Komponente für zahlreiche Industriezweige in Deutschland – wie etwa Medizintechnik, Robotik und Automobilindustrie. Sie ist von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmals beraten haben – fordern wir die Bundesregierung auf, für Planungs- und Handlungssicherheit in der Batterieforschung zu sorgen.

Dies beinhaltet auch den Erhalt und Ausbau der Forschungskapazitäten. Zusätzlich brauchen wir Investitionen in den Aufbau der Produktionsstätten.

Darüber hinaus kritisieren wir die jüngsten von der Bundesregierung vorgenommenen Kürzungen in der Batterieforschung.

[Hier finden Sie unseren Antrag!](#)



EUNAVFOR MED IRINI - Fortsetzung der Beteiligung

In abschließender Lesung haben wir in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung für ein Mandat zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI beraten.

Die Operation ist Teil des breiten politischen Ansatzes der EU zur Stabilisierung Libyens. Sie trägt im zentralen Mittelmeer zur Überwachung und Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegenüber Libyen bei. Daneben hat sie zum Ziel, Schleuser- und Menschenhändlernetzwerke zu bekämpfen und aufzulösen.

Außerdem wird die libysche Küstenwache und Marine im Kapazitätsaufbau und bei der Ausbildung unterstützt. Die Mandatsobergrenze bleibt unverändert und sieht den Einsatz von bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten vor. Die Laufzeit des Mandats beträgt ebenfalls erneut ein Jahr bis zum 30. April 2025.

Meine Rede zur Teilzeit im Freiwilligendienst



Besuch meiner Enkelin und einer Freundin zum Girlsday



Digitalnacht von DATABUND



Baum des Jahres - die Mehlspeise



Besuchergruppe aus dem Wahlkreis



Veranstaltungshinweise:

Am **Sonntag, 28.04.2024 ab 13.00 Uhr** finden Sie mich auf der Landwirtschaftsmeile in der Fußgängerzone in Gifhorn und am **Freitag, 03.05.2024 ab 18.00 Uhr** beim **Spargelessen des CDU Kreisverbandes** im Gasthaus Zur Linde in Groß Oesingen! Melden Sie sich gern noch an unter geschaeftsstelle@cdu-gifhorn.de !!



[instagram](#)

[facebook](#)

Weiterhin möchte ich schon mal auf meine Bürgersprechstunde hinweisen:

Am **Donnerstag, den 30.05.2024 von 10.00 - 11.00 Uhr** und am **Dienstag, den 18.06.2024 von 16.00 - 17.00 Uhr** in Gifhorn und am **Mittwoch, den 19.06.2024 von 16.00 - 17.00 Uhr** in Peine findet meine Bürgersprechstunde statt.

Während der Bürgersprechstunde besteht die Möglichkeit, Probleme, Vorschläge und Sachverhalte in vertrauensvollen Rahmen mitzuteilen.

Wenden Sie sich bitte für die Terminabsprache per E-Mail unter ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de an mein Büro.

Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn
Steinweg 5
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine
Freiligrathstraße 4
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma01@bundestag.de